

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:

480

KARL HONAY

Wien, am 29. Dezember 1930.

## Budgetberatung.

### WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Dezember 1930.

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 fort. Zur Verhandlung steht der Voranschlag der Verwaltungsgruppe VIII. Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Seitz setzt GR. Lehninger (E. L.) seine in der letzten Sitzung begonnene Rede fort. Er führt aus, dass das Pensionsinstitut der städtischen Strassenbahnen unter der sozialdemokratischen Verwaltung zugrunde gegangen ist und jetzt am Rande des Abgrundes steht. Das Institut wurde im Jahre 1922 in ein allgemeines Pensionsinstitut umgestaltet und seit dieser Umgestaltung hat das Pensionsinstitut Jahr für Jahr ein Defizit. Das Jahr 1928 schloss zum Beispiel mit einem Defizit von 1'7 Millionen Schilling ab. Die Krankenkassa der Strassenbahnen ist jetzt eine Kridafarin im wahrsten Sinne des Wortes; auch sie ist schwer passiv. Die Heilstätte Strengberg der städtischen Strassenbahnen dürfte unter Ihrer Wirtschaft auch nicht mehr lange im Besitze der Strassenbahner sein. Die Personalverwaltung ist parteipolitisch eingestellt und arbeitet noch immer mit dem verwerflichen Mittel der Transferierungen. Der Abbau soll weiter fortgesetzt werden; so melden heute die Blätter, dass 1.200 Strassenbahner abgebaut werden sollen. Solange solche Verhältnisse in der Personalverwaltung herrschen, solange keine Verbesserung des Verkehrs durchgeführt wird, solange können wir auch nicht für die Wirtschaftspläne stimmen. (Beifall).

GR. Daffinger (E. L.) bemerkt, die Bilanzen der städtischen Unternehmungen würden ein weit besseres Bild zeigen, wenn ihnen nicht Lasten auferlegt würden, die sie nicht zu tragen haben. So hat z. B. das Gaswerk im Jahre 1929 in den Gemeindewohnungen unentgeltlich 4.441 Koksöfen aufgestellt. Das sind schon in einem Jahre allein über eine Million Schilling. Dazu kommen die Kosten der öffentlichen Beleuchtung von über drei Millionen und die Fürsorgeabgabe von Schilling 736.000. Ganz Ähnliches gilt für das Elektrizitätswerk. GR. Daffinger spricht auch den Wunsch aus, dass die Versuche über die Geruchsverstärkung und Entgiftung des Gases fortgesetzt werden und im Interesse der Bevölkerung möglichst bald einen guten Erfolg zeitigen. Er bezeichnet ferner die sechswöchige Ableseperiode für den Stromverbrauch als zu lang und verlangt ähnlich, wie es bei den Gaswerken der Fall ist, eine monatliche Abrechnung. Das Defizit bei den Strassenbahnen wird man nicht verringern können, wenn man die Intervalle immer vergrößert und den Verkehr immer mehr drosselt. Durch Einführung des Zonentarifs könnte die Frequenz gehoben werden. Scheinbar will man aber die Bilanzen der städtischen Unternehmungen nicht verbessern, weil man dann immer zwei Eisen im Feuer hat, eines gegenüber den Angestellten und eines gegenüber den Konsumenten. Es sollte endlich auch an eine Verbesserung des Bremssystems bei den Strassenbahnen geschritten werden. Die sogenannte elektrische Bremse, die in Wirklichkeit eine elektrische Kurzschlussbremse ist, weist grundlegende Mängel auf, und man lässt so viele Fahrer, die in Wirklichkeit unschuldig sind, durch die Fehlerhaftigkeit des Bremssystems schuldig werden. Der Redner ersucht den Vizebgm. Emmerling, die sachliche Kritik der Opposition.

doch mehr zu berücksichtigen (Beifall bei der Minderheit).

GR. DR. Gschladt (E. L.) verlangt als Vertreter Meidlings, dass endlich für den Verkehr nach der Gartenstadt Tivoli und den an der Hohenbergstrasse neuerbauten städtischen Wohnhäusern Vorsorge getroffen wird. Der 61. er Wagen könnte ganz leicht das kurze Stück vom Strassenbahnhof Koppreiterstrasse über die Hohenbergstrasse bis etwa zur Maria Theresia-Brücke geführt werden. Der Redner bespricht dann den Unglücksfall der Gattin des Gemeinderates Müller, die bei der Endstation des L Wagens in Meidling infolge Glatteis gestürzt ist. Es wäre Pflicht der Strassenbahn, bei Glatteis an den Endstationen aufzustreuen. Dass das nicht geschieht, ist ein peinlicher Mangel in der Verwaltung. GR. Gschladt wendet sich dann der Besprechung der am 22. Dezember durchgeführten Wahl von Personalvertretern einzelner Betriebsgruppen beim städtischen Gaswerk zu. Für diese Wahl hat auch die Fachsektion der christlichen Angestellten eine Liste eingebracht, die vorschriftsmässig 14 Unterschriften trug, ~~dem~~ gemäss eingebracht wurde und auch vom Wahlausschuss genehmigt wurde. Nach der Einreichung dieser Liste wurden die Personen, die die Liste unterschrieben hatten, bearbeitet, ihre Unterschriften zurückzuziehen. Dies gelang tatsächlich bei 5 Personen. Nun waren auf der Liste statt 14 nur mehr 9 Unterschriften, weshalb sie nachträglich für ungültig erklärt wurde. (Rufe bei der Minderheit: Das ist ein Skandal! - Das ist ganz galizianisch! - Das ist die Freiheit!). Dass solche Lumpereien unter den Augen der Direktion vorkommen, dagegen muss schärfster Protest erhoben werden. Dieser Vorfall ist auch wieder ein Beweis, dass Ihre Verwaltung vom Kopf bis zum Fuss stinkt. Machen Sie ausgiebig Ordnung, sonst werden Sie von der Bevölkerung ein Urteil hören, das Sie zur Vernunft bringt. (Beifall bei der Minderheit).

Nunmehr wird die Abstimmung über die Positionen der Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten vorgenommen. Die Positionen werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt, die Anträge Dr. Kolassa auf Auflassung der Gemeindewache mit Ende dieses Jahres und auf Drucklegung und Veröffentlichung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates werden abgelehnt. Die Ablehnung der beiden Anträge wird von Zwischenrufen der Minderheit: "Das ist ein Skandal! - Das ist eine Schandtat! Bei der Gemeindewache könnten gleich 4 Millionen erspart werden!" begleitet.

GR. Pfeiffer (E. L.) führt aus, dass die Wirtschaftspläne für die städtischen Unternehmungen verschiedenartig erstellt sind. Während beim Elektrizitätswerk und Gaswerk die Lasten für die öffentliche Beleuchtung ausgewiesen werden, fehlt im Wirtschaftsplan für die städtischen Strassenbahnen die Post der Lasten, die den städtischen Strassenbahnen durch die Fahrtbegünstigungen erwachsen. Wenn diese Post im Wirtschaftsplane aufscheinen würde, würde wahrscheinlich das Defizit verschwinden. Bemerkenswert ist, dass die drei grossen städtischen Unternehmungen gegenüber dem laufenden Jahr um 6'78 Millionen Schilling niedrigere Personalkosten ausweisen. Das lässt sich nur daraus erklären, dass eine starke Reduktion des Personals beabsichtigt ist. Neben den so unangenehmen Folgen für das Personal entsteht aber auch bei der Strassenbahn, bei der die grösste Reduktion stattfinden soll, die grösste Gefahr, dass diese Reduktion auf Kosten der Bevölkerung geht. Dass die städtischen Angestellten einen so schwierigen Stand gegenüber den Unternehmen haben, hat seinen Grund darin, dass sie parteipolitisch gespalten sind. Eine parteipolitisch organisierte Beamenschaft hat gegenüber dem Unternehmer immer mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen. GR. Pfeiffer verlangt, sodann vom Vize Emmerling Aufklärung über den Differenzbetrag von 24,3 Millionen Kubikmeter Gas, der sich zwischen der Menge des Erzeugten und verkauften Gas-

quantums ergibt und über den Differenzbetrag von 170 Millionen Kilowattstunden zwischen erzeugtem und verbrauchtem Strom. Er fragt insbesondere, welches Quantum von Gas für die öffentliche Beleuchtung verwendet wird und zu welchem Preis. GR. Pfeiffer beschäftigt <sup>sich</sup> sodann mit den städtischen Verkehrsmitteln und spricht sein Bedauern darüber aus, dass nach den Wirtschaftsplänen der Autobusverkehr nur ungefähr ein Zwanzigstel des Strassenbahnverkehrs ausmacht. Der Autobusverkehr müsste durch die Schaffung nicht von Konkurrenz, sondern von Ergänzungslinien der Strassenbahn ausgestellt werden. Ein Missverhältnis ~~ist~~ es auch, dass der ganze Frachten-, Gepäck- und Hundeverkehr nur 1'7 per Mille des Ertrages der Personenverkehrs bringt. Auch das zeigt, dass die städtischen Verkehrsmittel in grösserem Umfange als bisher für die Versorgung der Märkte herangezogen werden müssen. Zumindest müsste zu Zeiten des Büro-, Geschäfts- und Theaterschlusses der Verkehr verstärkt werden. Gelegentlich der Umlegung des Linksverkehrs auf den Rechtsverkehr wird man die Zahl der Wartehäuschen vermehren müssen. Es wäre eine grosse Beruhigung für die Wiener Bevölkerung, wenn Vizebgm. Emmerling im Gemeinderate öffentlich erklären würde, dass nicht beabsichtigt ist, Tarifierhöhungen vorzunehmen. Wenn das Bauen von Wohnungen eine so unbedingte soziale Massnahme ist, dann ist auch die Steigerung des Strassenbahnverkehrs eine soziale Massnahme und wenn es nicht anders geht, müssten auch für diesen Zweck ein Opfer aus den allgemeinen Mitteln der Gemeinde gebracht werden. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist gesunken und ist in einem weiteren Sinken begriffen und es könnte die Bevölkerung daher nicht vertragen, dass bei einem so lebensnotwendigen Verkehrsmittel wie der Strassenbahn eine Preiserhöhung eintritt. (Beifall bei der E.L.)

GR. Ullreich (.L.) bemerkt, die Wünsche, die die Opposition seit Jahren bei dieser Verwaltungsgruppe vorbringt, werden nicht berücksichtigt, weil man offenbar der Meinung ist, dass die Bevölkerung für die städtischen Unternehmungen da ist und nicht umgekehrt. GR. Ullreich spricht sodann über die Strassenbahnen. Je notwendiger man die Strassenbahn braucht, je schlechter das Wetter ist, um so miserabler ist der Verkehr. Das ist eine genügende Erklärung für den Frequenzzrückgang. Man müsste einmal durch Gemeinderatsbeschluss den Vizebgm. Emmerling verpflichten, einige Tage in der Woche selbst auf der Strassenbahn zu fahren. GR. Ullreich beklagt sich sodann über die Nichtberücksichtigung seiner im Vorjahr geäusserten Wünsche auf Weiterführung des loer Wagens zum Jwagen und auf Weiterführung des CWagens zum Schottenhof in Ottakring. Er beschwert sich auch über die grossen Intervalle beim J-Wagen und darüber, dass die Gemeinde für den Verkehr ins Liebhartstal nicht vorsorgt, andererseits es aber privaten Unternehmern nicht gestattet, dort einen Autobusverkehr einzurichten. Mit solchen Zuständen muss aufgeräumt werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Binder (E.L.) erklärt, dass der Strassenbahnverkehr schon so schlecht ist, dass man von einem Verkehr überhaupt nicht mehr sprechen kann. Unter solchen Zuständen leidet nicht nur das fahrende Publikum, sondern auch das Personal. Der Redner bespricht dann die Verkehrsverhältnisse auf der Landstrasse. Er verlangt kürzere Intervalle auf der Linie F, ebenso auch die Verwendung eines zweiten Beiwagens oder einen ganztägigen Pnödelverkehr. Weiter eine Verbesserung des Verkehrs auf der Linie O und die Verlängerung der Linie J auf der Landstrasse bis zum Gaswerk. (Beifall).

SR. R. Biber (E.L.) wünscht, dass die grössten Härten bei den Grundgebühren beseitigt werden sollen. Er beantragt folgenden Zusatz zu den Grundgebühren: Beträgt die tarifmässige Grundgebühr mehr als 30 Prozent

des Wertes des in der Ablesperiode verbrauchten Stromes, so sind 30 Prozent der Stromkosten als Grundgebühr zu verrechnen; ist dieser Betrag geringer als ein Viertel der tarifmässigen Grundgebühren, ist ein Viertel dieser Gebühr in Anrechnung zu bringen. Ein zweiter Antrag des St. R. Biber verlangt die Einstellung des Verkaufes von Gebrauchsartikeln wie Gaskochern, Herden und so weiter in den Ausstellungsräumen der Gaswerke. Die Kauflustigen sollen ausnahmslos an die einschlägigen Firmen gewiesen werden. (Beifall).

Vizebgm. Emmerling befasst sich in seinem Schlussworte zunächst mit den Wünschen der Opposition auf Einführung des Zonentarifs bei den Strassenbahnen und beleuchtet die Schwierigkeiten, die der Einführung dieses Tarifes im Wege stehen. Vor allem müsste bedacht werden, dass bei Einführung des Zonentarifs alle <sup>was an</sup> Verbesserungen, Verbilligungen und Anpassungen an die Verkehrsnotwendigkeiten geschaffen wurde, aufgehoben werden müsste. Dass die Stadtbahn ~~mit~~ Intervalle von 8 Minuten hat, ist nicht richtig, alle 4 Minuten verkehrt ein Zug. Richtig ist, dass die L Linie früher kürzere Intervalle gehabt hat, aber da sich die Strecken der M und L Linien zu einem grossen Teile decken, bestehen auf dieser Strecke, wenn man beide Linien zusammen nimmt, kürzere Intervalle als früher. Mit den Kosten für Brückenbauten sind die Strassenbahnen auch früher belastet worden. So musste beim Bau der Wagramerbrücke die Strassenbahn 59 Prozent der Kosten übernehmen, beim Bau der Friedensbrücke nur 25 Prozent. Die von GR. Daffinger gegebenen Anregungen auf Aenderung des Bremssystems werden an Ort und Stelle fachmännisch erprobt werden. Mit den Strassenbahnverbindungen zur Gartenstadt Tivoli und zum Gas- und Elektrizitätswerk Simmering hat sich die Strassenbahnverwaltung eingehend befasst. Doch sind die Kosten für diese Strecken ausserordentlich hoch. Was die Klagen über die geringe Zahl von Wartehäuschen betrifft, sollte bedacht werden, dass Wien 200 Wartehallen, Berlin mit seiner viel grösseren Ausdehnung nur 48 solcher Wartehallen hat. Die Führung unserer Autobuslinien zeigt, dass wir uns den Bedürfnissen des Verkehrs anzupassen bemühen. Die Versuche, das ~~System~~ Inkasso bei den Elektrizitätswerken ~~der~~ bei den Gaswerken bestehenden System anzugleichen, bzw. die beiden Inkasso zusammenzulegen, sind noch nicht abgeschlossen, jedoch haben sich bisher schon Schwierigkeiten ergeben, da bei einer nur vierwöchigen Ablesperiode für den Stromverbrauch sich bei manchen Konsumenten Stromrechnungen auf nur einige Groschen ergeben würden. Was die Frage der Grundgebühren betrifft, so wird überall eine solche Grundgebühr als eine Voraussetzung für ~~die~~ eine zweckentsprechende Preisgestaltung angesehen. Wir haben die <sup>ursprünglichen</sup> Grundgebühren abgeändert und <sup>ne</sup> 4 Klassen geschaffen, wodurch auch den Wünschen der Konsumenten nach Ermässigung der Grundgebühren Rechnung getragen wurde. Der Verkauf im Gaswerke erfolgt im Einverständnis mit den verwandten Branchen und es hat sich dieser Verkauf absolut bewährt, da die Bevölkerung mit Vorliebe Apparate, die auf ihre Zweckmässigkeit und Brauchbarkeit überprüft wurden, kauft. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich, die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen zu genehmigen.

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen genehmigt. Der Antrag Biber betreffend einen Zusatz zum Grundgebührentarif wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der andere Antrag Biber betreffend Untersagung des Verkaufes im städtischen Gaswerk wird abgelehnt. Es wird sodann die in der letzten Sitzung unterbrochene Beratung über "Bilanz und Bedeckung" fortgesetzt.

GR. Broczkyner (soz. dem.) verweist darauf, dass die nachträgliche Ueberprüfung der im Voranschlag unter Post "Verwaltungskostenersätze und Rückvergütungen von Personalauslagen" präliminirten Ziffer ergab, dass ein Betrag von S 92.500 nicht berücksichtigt wurde. Er beantragt daher, in Bilanz und Bedeckung sind die Einnahmen der Verwaltungsgruppen I bis VII um S 92.500 auf S 511,922.160, in teilweiser Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. Dezember 1930 mit welchem die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe I genehmigt wurden, ist der Ansatz der Post "Verwaltungskostenersätze und Rückvergütungen von Personalauslagen" um den gleichen Betrag auf S 1,424.100 zu erhöhen.

GR. Angermayer (E. L.) verweist auf die Wirtschaftskrise, die sich nicht nur auf Wien und Oesterreich beschränkt, sondern eine Weltwirtschaftskrise ist, die die Wirtschaft in eine ungeheuer schwierige Lage gedrängt hat. Angesichts einer so schweren Notlage der Wirtschaft muss man vom Finanzreferenten wenigstens verlangen, diese Weltwirtschaftskrise für die Wiener Steuerträger erträglich zu machen. Man müsse mit allem Ernst darangehen, Einrichtungen zu treffen, um die katastrophale Entwicklung der Wirtschaft aufzuhalten, die immer mehr als Steuerquelle versiegt. Damit ist die Gefahr gegeben, dass auch der Gemeindehaushalt zusammenbricht. Dieser Gefahr muss mit ausserordentlichen Mitteln begegnet werden. Die Wirtschaft klagt über Steuerbelastung durch die Gemeinde- und Landesabgaben, die zumeist Inflationssteuern sind; sie werden aber weiter behalten, obwohl wir schon eine stabile Währung haben. Die Ausgabenseite des Budgets müsste ebenfalls einer entsprechenden Ueberprüfung unterzogen werden. Es finden sich im Budget Ausgaben, die oft gar nicht der Allgemeinheit dienen, sondern nur parteipolitischen Zwecken. Diese Ausgabeposten müssten verschwinden. Auf der Ausgabenseite wäre vieles zu ersparen, so auf dem Gebiete des Subventionswesens, des Fürsorgewesens, ohne dass die <sup>eigentliche</sup> Fürsorge einzuschränken wäre, und bei der Gemeindewache, die rein parteipolitischen Zwecken dient. Die Verwaltung hätte sich bei der Erstellung des Budgets auch fragen müssen, ob die sozialistischen Tastversuche, die mit den Betrieben unternommen werden, in dieser Zeit der grössten wirtschaftlichen Not aufrechterhalten werden können. In der Frage des städtischen Wohnhausbaues hätte man in dieser Zeit wohl annehmen müssen, dass sie den Wohnhausbau als eine ausserordentliche Investition betrachten und auch in dieser Frage von dem Grundsatz abgehen, dass alle Ausgaben von den laufenden Geldern bestritten werden müssen. All das hätte aber zur Voraussetzung, dass es der Mehrheit wirklich ernst darum zu tun wäre, die heutige Wirtschaft aufrecht zu erhalten und sie nicht parteiprogrammässig dem Zusammenbruch entgegenzuführen. Einer Ihrer Führer hat es ja als Ihr Endziel die sozialistische Republik aufgezeigt und erklärt, wir werden nicht ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist. Diese Steuerpolitik und diese Verwaltung sind die Mittel, die der Finanzreferent als treuer Sohn seiner Partei zur Verfügung stellt. Sie bedeuten den Tod der Privatwirtschaft. Dass wir mit einer solchen wirtschaftszerstörenden Finanz- und Verwaltungspolitik nicht einverstanden sein können, ist selbstverständlich. Dass uns, wie St. R. Breitner erklärt hat, jede Kontrolle und Einsicht in die Geberung zur Verfügung steht, ist nicht richtig. Man teilt uns nur mit, was man uns mitteilen will. Die Bilanzen sagen uns in den allerwenigsten Fällen etwas. Uns würde vor allem die Zusammensetzung der kumulativ-Summen in den Bilanzen interessieren. Uns würde auch interessieren, was sich in den Betrieben an bürokratischen Missgriffen und parteipolitischer Verschwendung im Laufe eines Jahres ereignet. Eine Reihe Ihrer Betriebe sind ja so krank, dass sie in das Krankenhaus der Gesiba gebracht werden mussten (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei der E. L.), so das Ziegelwerk in Oberlaa, das Granatwerk in Mauthausen, das Steinag, Kaltenbrunn, das berühmte Porphyritwerk und

Gemeinderatssitzung vom 29. Dezember 1930. VI. Blatt

Baustoffe A.G., gar nicht zu reden von den Braunkohlenwerken in Zillingdorf, die, wie es scheint, auch langsam ihrer Auflösung entgegengehen, und den epileptischen Anfällen des Lagerhauses. Hätten wir rechtzeitig Einblick in diese Betriebe bekommen und eine wirkliche Kontrolle gehabt, hätte manches verhindert werden können. Wie in den Betrieben, sieht es auch in der Hoheitsverwaltung aus. Der Kontrollamtsbericht ist so ausgewaschen, so farblos, so gebügelt und gestriegelt, dass er nichts sagt. Darum haben wir im Finanzausschuss <sup>den (Präsidenten)</sup> gestellt und stellen ihn neuerlich; "Die Zwischenberichte des Kontrollamtes sind nicht wie bisher dem amtsführenden Stadtrat, sondern dem Finanzausschuss direkt vorzulegen". Aus "Bilanz und Bedeckung" ershen wir, dass Sie darangehen wollen, angesichts einer Wirtschaftskrise von noch nicht dagewesener Schärfe um 14 Millionen Schilling mehr auszugeben und um 11 einhalb Millionen mehr an Steuern einzuheben als im Vorjahre. (Hört! Hört bei der E.L.) Der Gebarungsabgang von 48 1/3 Millionen Schilling soll angeblich aus den Kassenbeständen gedeckt werden. Wie in allen Jahren wird aber der Abgang am Ende des Jahres verschwunden und wahrscheinlich ein Ueberschuss vorhanden sein. Auch diesmal wird wieder der Versuch gemacht werden, nicht nur die 11 1/2 Millionen mehr an Steuern herauszuschinden, sondern auch noch die 48 1/3 Millionen. Wir wollen bei dieser Katastrophenpolitik nicht mit tun. In den Zeitungen war zu lesen, dass der Finanzreferent sämtliche bisherigen Steuerermässigungen aufheben will. Wir glauben nicht, dass diese Nachricht richtig ist. Denn alle die Betriebe, Unternehmungen und Geschäfte, die diese Steuerbegünstigungen durch einige Zeit genossen haben, sind unmöglich im Stande eine Erhöhung der Steuern zu ertragen. Damit wäre der Zusammenbruch von hunderten Geschäften und von tausenden Menschen, die daran hängen, beschlossen. Die Berufung des Finanzreferenten auf das Abgabenteilungsgesetz ist untunlich, weil heute ein Beschluss über die Abgabenteilung noch nicht vorliegt) Labhafte Zustimmung bei der E.L.) Es ist das also eine höchst überflüssige und gefährliche Beunruhigung der Wiener Bevölkerung. Wir hoffen, dass der Finanzreferent uns beruhigende Erklärungen geben wird. Der Voranschlag setzt hart und erbarmungslos die Arbeit fort, die seine Vorgänger <sup>schon tat</sup> haben, die Niederringung der Privatwirtschaft. Wir können Sie an der Annahme des Budgets nicht hindern, wir ersuchen Sie aber mit allem Nachdruck, das Volk von Wien zu schonen und von ihm nur das zu verlangen, was in seinen Kräften steht. Tun Sie das nicht, so haben Sie die Folgen selbst zu tragen, die sich aus einer solchen Katastrophenpolitik ergeben. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert St. R. Breitner zunächst auf den Vorwurf des GR. Körber, dass die Weihnachtsbeteiligung, die vom Verein Wiener Herzen veranstaltet wurde, besteuert worden sei. St. R. Breitner stellt fest, dass die Weihnachtsbeteiligung wie alle Weihnachtsbeteiligungen keiner Besteuerung unterworfen wurde; an die Weihnachtsbeteiligung schloss sich jedoch eine Tanzveranstaltung und für die wurde die Steuer vorgeschrieben. Auf den Vorwurf des GR. Dr. Arnold, dass der Festsaal der Klosterschule in Döbling anlässlich der Steuereinreichung mit dem Kursalon verglichen worden sei, stellt St. R. Breitner fest, dass der Kursalon als Vergleichsobjekt gewählt wurde, weil der Friedensmietzins pro Quadratmeter 8 Kronen ausmachte, während

Gemeinderatssitzung vom 29. Dezember 1930. VII. Blatt  
andere für einen Vergleich brauchbare Objekte pro Quadratmeter einen Friedenzins von 10'86 Kronen und 9'80 Kronen hatten.

St. R. Breitner kommt/dann auf die Abgabenteilung zu sprechen und führt aus:

Herr Gemeinderat Angermayer hat Auskunft darüber verlangt, ob tatsächlich die Absicht bestehe, die am 31. Dezember 1930 abgelaufenen Steuerbegünstigungen nicht mehr zu erneuern. Die Nachricht davon habe unter den Abgabepflichtigen eine höchst gefährliche Beunruhigung hervorgerufen. Darauf ist zu sagen, dass tatsächlich für die gesamte Wiener Bevölkerung und für alle Steuerträger vollster Anlass zur Beunruhigung ist. Wir stehen Vorlagen der Gemeinde gegenüber, durch die Wien in seinen bisherigen Einnahmen um rund 49 Millionen Schilling verkürzt werden soll. Das ist so ungeheuerlich, dass man gar nicht verstehen kann, wie man einen solchen Anschlag aushecken und sich der Meinung hingeben konnte, derartige Pläne verwirklichen zu können. Wir sind überzeugt davon, dass Wien schon bei der ursprünglichen Abgabenteilung und seinem Verzicht auf die wertvollen Zuschlagsrechte Opfer gebracht hat und es ist dies auch in allen bisherigen Abgabenteilungen immer wieder geschehen. Bei sachlicher Betrachtung liegt gewiss gar kein Grund vor, nun neuerlich Zugeständnisse zu machen. Könnten wir auf Einnahmen verzichten, so wäre es weit wichtiger, dies zugunsten der Wiener Steuerträger zu tun. Trotzdem sind wir und haben dies auch in den bisherigen Verhandlungen bekundet, neuerlich bereit, um des Friedens willen, bis an die äusserste Grenze dessen zu gehen, was noch irgendwie verantwortet, was bei der äussersten Kraftanspannung als halbwegs erträglich betrachtet werden kann. Jeder Schritt darüber hinaus wäre ein Verbrechen an den Wiener Steuerträgern. Wir hoffen immer noch, dass die Vernunft siegen wird. Würde es aber wider alles Erwarten zu einer solchen Schädigung Wiens kommen, wie sie in den Vorlagen der Regierung verkörpert ist, dann würde allerdings nichts anderes übrig bleiben, als sämtliche Begünstigungen einzustellen. Wir würden es nicht leichten Herzens tun. Diese Steuerermässigungen sind ja nicht gegeben worden, um einzelnen Steuerzahlern ein Geschenk zu machen, Die Ermässigungen sind vielmehr beantragt und beschlossen worden, in der Erkenntnis, dass die Wirtschaft als solche diese Erleichterungen dringendst benötigt. Wir hätten gerne mehr gegeben und wir waren von der Absicht erfüllt, diese Herabsetzungen von Steuern, wie dies systematisch in den letzten Jahren immer wieder geschehen ist, immer weiter auszubauen. Es hätte uns eine grosse Genugtuung bereitet, auch bei diesem neuen Budget mit neuen Steuerensenkungen kommen zu können. Wenn man aber Wien den Ertrag von etwa 14 Gemeindeabgaben wegnehmen will, um sie ausserhalb Wiens zu verteilen, dann kann selbstverständlich nicht von weiteren Steuerherabsetzungen gesprochen werden, dann ist auch die Aufrechterhaltung der bisherigen, so tief wir es bedauern würden, für so wenig wünschenswert wie es halten, einfach unmöglich. Darüber mögen sich die Wiener Steuerträger gar keiner Täuschung hingeben. Es wäre unerast, hier von einem blossen Schreckschuss zu sprechen. Wird die Vorlage der Regierung Wirklichkeit, scheitern die Verhandlungen trotz der von Wien in einem sehr weitem Masse bezeugten Opferbereitschaft, dann ist es mit diesen Steuerbegünstigungen Schluss; daher musste auch korrekter Weise, da über das Schicksal der Abgabenteilung noch keine Klarheit herrscht, die Verlängerung der Ermässigungen unterbleiben. Gegensätze von Weltanschauungen und von ökonomischen Meinungen trennen uns, wie dies auch in der Budgetberatung schliesslich unvermeidbar zum Ausdruck gekommen ist, von der Minderheit. Sie ist aber doch ein Stück der Vertretung

.....  
Wiens der Wiener Steuerträger. Und daher richte ich in dieser so ernsten Stunde an die Opposition den Appell, in der Verteidigung der Lebensinteressen Wiens zur Mehrheit zu stehen. Eines aber sei zum Schlusse noch in der deutlichsten Form ausgesprochen. Sollte sich wider alles Erwarten im Nationalrat eine Mehrheit bilden, die einer derartigen masslosen jeder Beschreibung spottenden Verkürzung Wiens, für die das Wort Beraubung noch viel zu sanft ist, zustimmt, dann werden es diese Parteien sein, die die Verantwortung von der Wiener Bevölkerung, von den Wiener Steuerträgern worden tragen müssen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bei der Abstimmung werden "Bilanz und Bedeckung" mit dem Abänderungsantrag Broczyner angenommen, der Antrag Angermayer abgelehnt.  
[Bürgermeister Seitz spricht anlässlich der Verabschiedung des städtischen Voranschlages allen, die an der Beratung und Verabschiedung des Voranschlages mitgewirkt haben, seinen Dank aus, dem St. R. Breitner (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) den einzelnen Stadträten, dem Magistrats-Direktor, dem <sup>Dr. Haupt, (Leb. Beif. bei der Mehrheit)</sup> Chef des Budgetreferates Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsdirektor Knobloch, den Direktoren der städtischen Unternehmungen, dem Kontrollamtsdirektor Müllner und ihren Mitarbeitern. Weiters den Stenographen, der Rathaukorrespondent und allen Vertretern der Presse (Lebhafter Beifall).

GR. Dr. Friedjung referiert über den Antrag betreffend die Kriegspferbegräbnisstätte im Wiener Zentralfriedhof, wonach mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1930 die Bestimmung zu entfallen hat, dass die Gemeinde Wien die gärtnerische Ausschmückung und Erhaltung der Anlage sowie die Kosten der bei den einzelnen Gräbern anzubringenden Gedenktafeln übernimmt. Ueber diese Angelegenheit hat ein sehr eingehender Briefwechsel zwischen dem Bund und der Gemeinde stattgefunden und die Streichung dieses Passus wird vorgeschlagen, um den Bestimmungen der Verfassungsnovelle vom Jahre 1929 zu entsprechen.

GR. Angermayer (E. L.) erinnert daran, dass wir im vorigen Jahr auf den verwahrlosten Zustand der Kriegsgräber hingewiesen habe. Heuer hat man nun wirklich die Kriegsgräber zu einer würdigen Grabstätte umgestaltet. Nun wird das Geheimnis gelüftet, warum das geschehen ist. Die frühere Mehrheit des Gemeinderates hat den Beschluss gefasst, dass zur bleibenden dankbaren Erinnerung an die für die Ehre und den Ruhm unseres Vaterlands Gefallenen die Gemeinde eine gemeinsame Begräbnisstätte widmet und die gärtnerische Ausschmückung der Anlage übernimmt. Das ist eine klare Widmung der Gemeinde. Nun bestimmt die zweite Bundesverfassungsnovelle, dass die Fürsorge für Kriegsgräber hinsichtlich der Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist. Das heisst, dass der Bund, soweit in der Hoheitsverwaltung Ausgaben für die Kriegsgräber sich ergeben, diese Ausgaben übernimmt, aber nicht dort, wo es sich um eine Widmung für ewige Zeiten handelt. Nun wollen Sie diese Widmung kürzen und diese Kürzung noch auf den 1. Jänner 1930 rückwirkend machen. Man versteht nun, warum die Kriegsgräber heuer ordentlich hergestellt wurden, weil sie die Auslagen hierfür nicht selbst bestreiten wollen. Solange Sie die Kriegsgräber hergestellt haben, war es ein Skandal und Sie werden diese Schande nicht aus der Welt schaffen. Wir müssen uns gegen den hier eingehaltenen Vorgang entschiedenst verwahren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen).

In seinem Schlusswort verweist Der Referent Dr. Friedjung darauf, dass der Bund an Niederösterreich für die Erhaltung der Kriegsgräber 6000 Schilling und an Kärnten 14.000 Schilling schon ausgezahlt hat. Nur beim Land Wien hat es der Bund auf einen Kampf ankommen lassen. (Widerspruch bei der Minderheit-Rufe bei der Minderheit: Für die Gemeindegewache werfen Sie das Geld hinaus!) Der Bund hat durch ein Verfassungsgesetz die Zahlungspflicht übernommen (Rufe bei der Minderheit: Die Rückwirkung ist eine Schweinerei! - GR. Kunschak : Pfui Teufel, Pfui Teufel!)

Die Vorlage wird angenommen. (Lebhafte andauernde Pfuirufe und grosser Lärm bei der Minderheit. Den Sozialdemokraten wird zugerufen: Schämt Euch!)

St. R. Weber beantragt, zur Deckung der Kosten der von der Genossenschaft Heimhof übernommenen Inventargegenstände im Einküchenhaus in der Pilgerimgasse für das Jahr 1930 einen Kredit in der Höhe von 59.591 Schilling zu bewilligen.

GR. Huber (E. L.) erklärt, dass für ein Einzelzimmer in diesem Einküchenhaus 1000 Schilling und für zwei Zimmer 2000 Schilling Ablöse verlangt wurden. (Hört! Hört bei der Minderheit) Er stellt die Anfrage, welche Gegenstände eigentlich das Inventar umfasst, für das jetzt ein Kredit beansprucht wird.

St. R. Weber erklärt, dass es sich eigentlich um einen formellen Zuschusskredit handelt. Das Inventar wurde vom Wirtschaftsamt geschätzt, das auch den Betrag festgesetzt hat. Der Vertrag mit dem Heimhof war übrigens schon im Juli im Gemeinderat, und wenn Gemeinderat Huber ein aufmerksamer Gemeinderat wäre, müsste er informiert sein. (Lärm bei der Minderheit - GR. Huber: Von Ihnen lasse ich mich nicht anflehen!)

Bürgermeister Seitz : Es ist natürlich zulässig, dass ein Redner im Laufe der Debatte irgendeine Handlung, irgendeinen Akt oder irgendein Wort eines anderen Redners in parlamentarischer Form qualifiziert. Es ist aber nicht zulässig, dass der Redner eine Person qualifiziert. Ich bitte, hier genau zu unterscheiden. Das ist eine parlamentarische Regel, auf die ich aufmerksam mache.

St. R. Weber : Ich nehme die Rüge zur Kenntnis! Es liegt kein Hindernis vor, in das Inventarverzeichnis Einsicht zu nehmen.

Die Vorlage wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Bg. Seitz : Es ist die letzte Sitzung dieses Jahres. Wenn wir auf dieses Jahr zurückschauen, müssen wir leider gestehen, dass die allgemeine Notlage und die allgemeine traurige Wirtschaftslage uns auch in diesem Jahr mehr gequält haben, als wir befürchtet haben, und dass wir leider noch nicht absehen können, wie es anders werden wird. Es war Pflicht unser aller ohne Unterschied der Partei nach unserer ökonomischen Auffassung und nach der Art, wie wir die Dinge betrachten, die allgemeine Wirtschaftsnot abzuheben. Wenn wir nur an das Heer der Arbeitslosen denken, so ist dieser Gedanke ein so furchtbarer und schrecklicher, dass wir alle auch daraus die Kraft schöpfen müssen, alles zu tun, um dieser furchtbaren Not ein Ende zu machen, die ja nicht nur den Arbeitslosen sondern das ganze Wirtschaftsleben und jeden einzelnen Bürger dieser Stadt in seiner Art quält. Ich danke allen Mitgliedern, die mitgearbeitet haben, in dieser Nit Herr zu werden, für ihre Arbeit. Es würde mir obliegen, - trotz aller Gegensätze der Parteien, allen Mitgliedern ein fröhliches Neujahr zu wünschen, aber das Wort stockt fast. Wir können nur so sagen, dass jeder das Empfinden hat: weit hinaus über das persönliche Schicksal geht unser aller Wunsch, dass die Stadt Wien und ihr Volk ein besseres Jahr erlebe, als das war, welches wir in diesen Tagen abschliessen. In diesem Geiste und in diesem Sinne wollen wir das Jahr abschliessen und einem neuen Jahr entgegengehen, dass vielleicht doch bessere Ausblicke für die Zukunft uns eröffnet.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 30.